

Arbeitsgemeinschaft
für den Regierungsbezirk Detmold
des Städte- und Gemeindebundes NRW

Gütersloh, 17.01.2011

Frau
Ministerpräsidentin
des Landes Nordrhein-Westfalen
Hannelore Kraft
Stadttor 1
40190 Düsseldorf

Herrn
Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Ralf Jäger
Haroldstr. 5
40213 Düsseldorf

Herrn
Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Norbert Walter-Borjans
Jägerhofstr.6
40479 Düsseldorf

- nachrichtlich an alle Landtagsabgeordneten im Regierungsbezirk Detmold

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft,
sehr geehrter Herr Innenminister Ralf Jäger,
sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans,

in mehreren Stellungnahmen haben die Kommunalen Spitzenverbände bereits vor den negativen Folgen einer sofortigen Umsetzung von einzelnen Punkten einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs besonders für die kleineren Städte und Gemeinden gewarnt. Auch wir, die Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes im Regierungsbezirk Detmold, richten den dringenden Appell an Sie, sich mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dafür einzusetzen, die Revision auf das kommende Jahr zu verschieben und im Rahmen eines Gesamtpaketes umzusetzen, dessen Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind.

Die jetzt im Raum stehende Entscheidung über eine Veränderung der Berechnungssystematik für die Schlüsselzuweisungen und die Grunddatenanpassung stellt nicht nur die Städte und Gemeinden vor große Probleme, die – im Vertrauen auf die noch im November veröffentlichten Informationen und Basisdaten – ihren Haushalt fristgemäß zum 31.12.2010 verabschiedet haben. Eine Neuberechnung würde nicht wenige von ihnen endgültig in die Haushaltssicherung oder den Nothaushalt führen. Eine solche Entscheidung wäre vielmehr auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Mitgliedern der Räte gegenüber schwer zu vermitteln. Denn in vielen Städten wurde hart um einen ausgeglichenen Haushalt oder ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept gerungen.

Als Bürgermeister und Bürgermeisterin kleinerer und mittlerer Kommunen vertreten wir die Auffassung, dass die – notwendige – Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes nur gelingen kann, wenn die Lastenverteilung gerecht erfolgt. Eine isolierte Neuberechnung der Grunddaten hätte jedoch zur Folge, dass die Waage statt bisher zur einen, nun zur anderen Seite – nämlich zu Lasten der kleineren, mittleren und kreisangehörigen Kommunen ausschlägt. Dies würde die zahlreichen – schmerzhaften - Anstrengungen konterkarieren, die diese Kommunen bisher aus eigener Kraft unternommen haben, um ihre Haushalte zu konsolidieren.

Deshalb schließen wir uns den zahlreichen Forderungen unserer Kollegen und Kolleginnen und der kommunalen Spitzenverbände nach einer koordinierten, im Rahmen eines Gesamtpaketes und mit entsprechend neuer Berechnungsmethodik unterstützten Reform des kommunalen Finanzausgleichs an. Nur auf diesem Wege ist eine Akzeptanz in der kommunalen Familie gesichert, die zur Bewältigung der kommunalen Haushaltssituation unbedingt notwendig ist.

I h r e



Vorsitzende



stellv. Vorsitzender